



Hamburg: Illegale Funker stören Flugbetrieb

Post verstärkt Jagd auf Schwarzsender

Gefängnis und Geldstrafe drohen

Eigener Bericht

In Hamburg, 4. Juni

Die Bundespost ist alarmiert: Immer mehr Schwarzsender stören in der Bundesrepublik den Flugbetrieb auf großen Flughäfen. Fast täglich stößt die Post illegale Amateurfunkler an. Seit Beginn dieses Jahres wurden allein in Hamburg und Umgebung 65 Schwarzsender ermittelt und über 90 meist selbstgebastelte Funkgeräte sichergestellt.



Mit dieser Peilantenne findet die Post Schwarzsender in Hamburg

Die Schwarzfunker arbeiten entweder auf kurzer Welle oder im UKW-Bereich. Ihre Geräte funktionieren selten einwandfrei, so daß kommerzielle Funkdienste sowie Radio- und Fernsehsender gestört werden. In Hamburg kommen oft Fernseh-„Geisterbilder“ auf das Konto der Schwarzsender.

Verheerende Folgen kann nach Ansicht der Bundespost die Schwarzfunkerei für die Flugsicherung haben. Erst kürzlich war in Fuhhlshütten der Sprechverkehr zwischen landenden Maschinen und dem Tower kaum noch möglich, weil ein illegaler Sender auf der gleichen Frequenz arbeitete. Auf Hamburger Großbaustellen, wo lizensierte Funkgeräte verwendet werden, mußten teilweise die Arbeiten eingestellt werden, weil Abschirmen auf dieselben Welle Musik machten. Schwer behindert wird ferner der sogenannte „Öffentlich bewegliche Landfunkdienst“ (Auto-Telefon der Post). Schwarzfunker brachten auch unbeabsichtigt bei einem Modellflugwettbewerb in Hessen kostspielige Maschinen teilweise zum Absturz.

Die Post will jetzt verstärkte Jagd auf Schwarzfunker machen. Ihr Funktörungsmedienfeld seit in Hamburg Tag und Nacht illegale Sender an. Wer erwischt wird, muß mit hohen Geldstrafen und Gefängnisstrafen rechnen. Die Geräte werden eingezogen. In Norddeutschland brachte die Post 1968 über 65 Schwarzfunker zur Anzeige. 130 Geräte fielen den Peiltrupps, die mit modernstem Gerät arbeiten, in die Hände. Die Post vergibt nach wie vor Lizenzen an Amateurfunkler. Sie macht das jedoch von einer Funkprüfung vor Postbeamten und einer Untersuchung der verwendeten Geräte abhängig. Die Funkzentrale in Darmstadt lehnt jedes Gerät ab, das durch Obere oder Untersuchungen andere Sender stört. Gefunke werden dürfen nur Grüße, persönliche Nachrichten oder technische Daten über die Sendee- und Empfangsgeräte, Nachrichten, Schularbeiten, Witze oder Mosaik sind streng verboten. Lediglich bei außergewöhnlichen Zwangssituationen respektiert die Post einen übersetzlichen Notstand.

Privattheater fordern Verdoppelung des Einsatzes

Seite 19

Zwei deutsche Boxer mit Medaillen-Chancen

Seite 28

Fernsehen Seite 10

Roman Seite 20

Neuer U-Boot-Auftrag für Howaldtswerke

Eigener Bericht

Kr. Hamburg/Th. Bonn, 4. Juni

Die Howaldtswerke — Deutsche Werk AG (HDW), die erst gestern einen 350-Millionen-Auftrag berechneten konnten, werden jetzt für die Deutsche Bundesmarine weitere 12 U-Boote bauen. Das Bundesvertragsamt hat diesen Auftrag jetzt vergeben. Auch die Nordseewerke in Emden sollen am Bau mitarbeiten. Der Gesamtwert liegt bei über 300 Millionen DM.

Das Kieler Werk der HDW hat bereits die erste Serie gebaut, während die Nordseewerke in Emden U-Boote für die norwegische Marine lieferten. Bei den neuen U-Booten liegt die Wasserverdrängung bei 450 t. Sie werden 44 m lang und erhalten eine Besatzung aus 21 Mann. Die Feuerleitanlage und die Torpedobewaffnung werden gegenüber der ersten Serie wesentlich verbessert.

Menschlich gesehen



Immer Fortune

„Französische Woche“ an Elbe und Alster: Heute kommt die Atlantikflotte aus Brest. Gestern schon landete in Fuhhlshütten ein französischer Mann. Er ist über zwei Meter groß, hat eine riesige Hakennase und geht hoch aufgeregt im wiesigen Schritt der Fallschirmjäger: Fünfterster-General Jacques Massu ist Oberbefehlshaber der in Deutschland stationierten 1. französischen Armee. Bei den Bällen und Cocktailpartys an Bord des an der Übersichtsfläche liegenden Flugzeugträgers „Foch“ wird der 62jährige — wie immer — Mittelpunkt sein.

Vielleicht noch mehr als sonst. Denn wenn Georges Pompidou übermorgen Sonntag Staatspräsident wird, wird er Jacques Massu in sein Kabinett holen. Vielleicht als Verteidigungsminister, wahrscheinlich auch als Vizepremier. Der legendäre Fallschirmjägergeneral die Armee nennt ihn den „Vater der Parask“ — hatte immer Fortune. Er gewann alle Schlachten — auch wenn sein Land die Kräfte verlor: In Vietnam, am Suez-Kanal und in Algerien. Der Seite Massu ist auch in Hamburg wieder „la Générale“, seine charmannte und tapfere Frau Suzanne. Er lernte die jüdische Bankiersfamilie aus Paris 1940 im Felde kennen. Madame Massu war damals Krankenschwester in einem Front-Hospital in Nordafrika.

Heute Koalitionsgespräch über Verjährung

Mutmaßungen über Franz-Josef Strauß

Von unserer Bonner Redaktion

Heute nachmittag um 15 Uhr, 34 Stunden nach einer dramatischen Nachsitzung, tritt der „Kreißlerkreis“, das informelle Führungsgremium der Bundesregierung, erneut zusammen. Man will versuchen, in der unstrukturierten inenpolitischen Lage der Bundesregierung, die Frist für Mord und Völkermord, eine Kompromißlösung zu finden.

Die SPD ist nach wie vor für eine generelle Aufhebung der Verjährungsfrist. Die Unionsparteien bemühen sich um eine „differenzierte Lösung“ zugunsten „untergeordneter Gefährten“, ohne daß sie allerdings bisher eine brauchbare Formel präsentieren konnten.

Die Tatsache, daß der Kreißlerkreis schon heute wieder zusammentritt, wird in Bonn dahin gedeutet, daß sowohl Kiesinger als auch die Fraktionsführungen alles versuchen wollen, um die Große Koalition bis zu den Wahlen über die Runden zu bringen. Das große Problem dabei ist, wie es der Gegner der Großen Koalition, die es in beiden Parteien gibt, „an die Leine“ geben können.

Zu diesen Gegnern gehört vor allem der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß, er war, wie berichtet, der Nachstüzende des Kreißlerkreises demonstrativ ferngeblieben. Vom SPD-Fraktionschef Helmut Schmidt ist er deshalb scharf gerügt worden. In der Umgebung von Strauß spricht man von

Kreißlerkreis nur spöttisch als dem „KK Kleinkaliber-Verein“.

Der Beschluß des Kreißlerkreises, daß über die zwölf vordringlichen Innenpolitischen Gesetze vor Lohnfortzahlung bis zur Betriebsverfassungsnovelle — möglichst Einvernehmen zwischen den Koalitionspartnern hergestellt werden soll, könnte schon auf die derzeitigen Ausschüßungen in Berlin auswirken. Sollte es in der einen oder anderen Frage zu keiner Einigung kommen, dann wird — auch dies ist ein Ergebnis der gestrigen Nachsitzung — beantragt werden, die Koalitionsfrage gestellt, sondern im Bundestag abgestimmt. (Siehe auch Leitartikel auf Seite 2 und Bericht über die Berliner Ausschüßungen auf Seite 12.)

Vorbörse heute

Autowerte fest

Im vorbereiteten Telefonverkehr der Hamburger Banken wurden heute vormittag autowerte sehr fest gehandelt und die übrigen Aktienkurse gut behauptet. Die meisten Aktienkurse sind bei 212,20 (211,20), Höchst 235,50 G/236,50 B (234,50 B), AEG 280 G/281 B (278 B), Siemens 280 G/279 B (276 B), Daimler 380 G/385 B (375 G), VWV 297 G/298 B (292 B), in Prozent: BMW 860 B (825 B), NSU 67 G/630 B (617 B), Hoesch 154 G/153 B (154 B).



Allein ins Kino: Gestern abend besuchte Prinzessin Anne die feierliche Premiere des Films „Run Wild, Run Free“ das Odeon in London. Die Aufführung fand im Rahmen einer Wohltätigkeitsveranstaltung statt. Es war das erste Mal, daß Prinzessin Anne allein an einer königlichen Film Premiere teilnahm.

Dreimal im Student-Parlament gefehlt:

Jens Litten wurde ausgeschlossen

Eigener Bericht

Hamburg, 4. Juni
Jens Litten, prominentes Mitglied der Hamburger Studentenschaft, ist aus dem Studenteparlament ausgeschlossen worden. Heute morgen erhielt er einen Brief des Parlamentspräsidiums, das den Ausschuß mit dreimaligem unentschuldigtem Fehlen bei Sitzungen beauftragte.

Litten wies diese Behauptung in einem Gespräch mit dem Hamburger Abendblatt energisch zurück: „Von unentschuldigtem Fehlen kann keine Rede sein!“ Er habe zwar einige Male gefehlt, sei jedoch immer brieflich oder telefo-



Ausgeschlossen: Jens Litten

nisch abgemeldet. Das Parlamentspräsidium beruft sich auf die Satzung, die einen Ausschuß nach unentschuldigter Abwesenheit vorseht. Die strikte Anwendung der Satzung sei notwendig geworden, nachdem mehrere Sitzungen wegen mangelnder Beteiligung der Parlamentarier beschlußunfähig gewesen seien.

Syrien will Ost-Berlin anerkennen

Deutsche Presse-Agentur

Damaskus, Berlin, 4. Juni

Syrien wird voraussichtlich noch in dieser Woche dem Beispiel des Irak, Kambodscha und des Sudan folgen und Ost-Berlin anerkennen. Das jedenfalls verlautet aus Damaskus. Vor der Ost-Berliner Außenminister Winzer gestern überraschend zu einem dreitägigen Besuch eingetroffen ist.

Gefährdung geparkter Autos strafbar

Grundsatzentscheidung des Bundesgerichtshofes

Eigener Bericht

suw. Karlsruhe, 4. Juni

Wer so unaufmerksam ist, eine Parklücke aussucht, daß er dabei gegen einen anderen, korrekt abgestellten Wagen fährt, macht sich nach einer Grundsatzentscheidung des Bundesgerichtshofes eines Verstoßes gegen den § 1 der Straßenverkehrsordnung schuldig.

In diesem Paragraphen, der „Generalklausel“ für das Verhalten aller Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr, ist festgelegt, daß kein anderer gefähr-

det, beschädigt oder mehr belästigt werden dürfe als nach den Umständen unvermeidbar sei. Nach Ansicht des Vernehmens des Bundesgerichtshofes handelt es sich auch nach einem Verstoß gegen diese Generalklausel, wenn nur ein fremder Schwerverkehr in Gefahr gebracht wird.

Wörtlich heißt es in dem Leitsatz des Beschlusses unter Abkürzung: „§ 1 Nr. 1 StVO verstößt auch, wer durch sein Verhalten im Straßenverkehr nicht Leib oder Leben, sondern nur einen fremden Schwerverkehr gefährdet, der der Sicherung des Straßenverkehrs dient oder der sonst verkehrsbezogen ist. Hier: Gefährdung des geparkten Kraftwagens eines anderen.“

Damit hat sich der Bundesgerichtshof der Meinung des Oberlandesgerichts Hamburg vom 18. Oktober 1967, wonach die im öffentlichen Straßenverkehr herbeigeführte bloße Gefährdung einer fremden Sache den Tatbestand § 1 StVO erfüllt, mit Nachdruck angeschlossen.

Das Berliner Kammergericht hatte dagegen eine „weitere Auffassung“ vertreten.

Kurz informiert

Bonn, 4. Juni

Rumäne bei Brandt
Außenminister Brandt empfängt heute den stellvertretenden rumänischen Außenminister Măcuşescu, der gestern Gespräche mit Finanzminister Strauß und Landwirtschaftsminister Höcherl hatte. (dpa)

Schiller erkrankt
Die Bundeswirtschaftsminister Schiller, der sich zu Verhandlungen mit amerikanischen Regierungsvertretern in Washington aufhält, ist an Grippe erkrankt. Er muß das Bett hüten. Der Termin des Rückfluges wurde verschoben. (up)

Gegen Religionsunterricht
Die Abschaffung des Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen sowie der Kirchensteuer und die Auflösung öffentlicher Konfessionsschulen fordern die deutschen Jungdemokraten. (dpa)

Brix hat Charakter



Mitteldeutsche Jugend „arrangiert“ sich

Associated Press

Die überwältigende Mehrheit der jungen Generation Mitteldeutschlands arrangiert sich mit dem kommunistischen System, ohne sich jedoch dafür zu engagieren. Das erklärte der Staatssekretär im Bundesministerium für gemeinsame Fragen, Wetzel, in einem Interview mit der SPD-Wochenzeitung „Vorwärts“.

In der Skala der Interessen der mitteldeutschen Jugend steht nach Wetzel Angaben an erster Stelle berufliches Fortkommen, dann Liebe, Familie, Anschaffung von Reisen und schönes Wohnen.